

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



**Nächste
Mahnwache:
Freitag, 14. April
2023**

Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali



Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaften
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besatzung, des Siedlungsbaus, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechtswidrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten

Freitag, 10. März 2023, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Brandstifter regieren

...Protest auf den Strassen Israels und
Gewalt in den besetzten Gebieten

Lesen Sie darüber mehr auf der Rückseite...

>>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997 vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern, **jeden 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr** für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.

Voranzeige:

75. Nakba-Gedenktag am 15. Mai 2023

Zum 75. Mal jähren sich Flucht und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat. Weltweit finden Kundgebungen und Mahnwachen zur Erinnerung an die Katastrophe, «Nakba», statt.

Regelmässige Hinweise/Links: www.nahostfrieden.ch
www.palaestina.ch

Beachten Sie zudem die Website ► www.nahostinfo-bern.ch

Kontaktadresse Mahnwache: berner.mahnwache@gmx.ch Fachstelle OeME Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 / www.refbejuso.ch/oeme



Die Frucht verantwortungsloser Politik und der Straflosigkeit

Es ist keine Überraschung, dass die Siedler sich durch die aktuelle Regierung Israels ermutigt fühlen, gewalttätig zu randalieren. Ihre Ideologie wird politisch zu 100% unterstützt und sie dürfen auf Freiheit vor Strafverfolgung hoffen. Als Rache für die Tötung von zwei Israelis durch Palästinenser haben 400 der beschönigend „Hilltop youth“ (Jugend der Hügelkuppen) genannten jungen Siedler in Hawara, Zaatara, Burin und Asira al Qibliya einen Toten und 350 Verletzte hinterlassen, 36 Häuser und 100 Autos wurden in Brand gesetzt. Die Siedler konnten dies weitgehend ungehindert vor den Augen der Polizei und der Armee tun, nur sechs von ihnen wurden vorübergehend festgenommen. Von der Justiz wurde der Angriff gebilligt und von der Politik wird er sogar noch unterstützt:

Der Finanzminister Israels Bezael Smotrich hat am 1. März im Fernsehen zu einer weiteren Eskalation aufgerufen; „Das Dorf Hawara sollte ausgelöscht werden, der Staat sollte dies tun.“

Quelle: Haaretz



Brandstifter regieren

...Protest auf den Strassen Israels und Gewalt in den besetzten Gebieten

In Israel ist die rechtsextremste Regierung seit Jahrzehnten an der Macht. Grossisraelische Pläne (also eine Annexion des Westjordanlandes durch Israel) wurden bisher nicht offen deklariert, weil sie eine schwerste Missachtung des Völkerrechts darstellen. Nun liegen sie als strategische Ziele offen auf dem Tisch. Bezüglich der Justiz bleibt es nicht bei den Drohungen, Netanyahu will Vollmachten, die das israelische Justizsystem aushebeln und in einem Land ohne Verfassung zu diktatorischen Verhältnissen führen.

Der Kampf um die sogenannte Justizreform ist noch nicht ausgestanden; neu ist aber, dass Hunderttausende in Israel auf die Strasse gehen, um die Pläne der Regierung - allerdings bisher erfolglos - zu durchkreuzen. Erfolgreicher war der Protest gegen die homophobe Seite der Regierung; Minister Avi Maoz von der fundamentalistischen Noam-Partei musste zurücktreten.

Gleichzeitig ist dieses Jahr eine Gewaltwelle in den durch Israel besetzten Gebieten der Westbank ausgebrochen, deren Eskalation offensichtlich gewollt ist. Die Militäreinsätze der israelischen Besatzungsarmee haben im Januar und Februar 2023 so viele Todesopfer gefordert wie noch nie, und die Mitglieder der neuen Regierung fordern, dass die Straflosigkeit der Armee gesetzlich verankert wird.

Die Situation ist düster, aber es ist auch der Moment der Zivilgesellschaft in Israel/Palästina und bei uns, die politisch Verantwortlichen zur Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte aufzurufen.

Und es ist höchste Zeit für die Staatengemeinschaft, dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen:

Die aktuelle Regierung setzt die illegalen Siedlungen rechtlich den israelischen Gebieten weitgehend gleich. Mit dieser Änderung hat Israel die legale, De-Jure-Annexion des besetzten Westjordanlandes weitgehend vollzogen. Auf diese Verletzung des Völkerrechts muss die Schweiz und muss die Staatengemeinschaft reagieren.

Beachten Sie zudem die Website ► www.nahostinfo-bern.ch

Kontaktadresse Mahnwache: berner.mahnwache@gmx.ch Fachstelle OeME Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 / www.refbejuso.ch/oeme